



Medienkonferenz «Gesundheit in der Sozialhilfe» vom Dienstag, 26. Mai 2020

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR
BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Werte Medienschaffende, liebe Anwesende

Die Coronakrise und ihre drastischen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben uns in den letzten Wochen einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz im System der sozialen Sicherheit ist. Für zahlreiche Personen, die weder Anspruch auf Leistungen der Hilfsprogramme des Bundes noch auf Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung haben, blieb oft nur der Weg zum Sozialamt. Dies hat zu einem markanten Anstieg an Sozialhilfegesuchen in den Monaten März und April geführt.

Diese Situation ist für die Betroffenen nicht nur finanziell belastend, sondern auch gesundheitlich. Und diese Situation ist aus sozialpolitischer Sicht höchst unbefriedigend. Gleichzeitig besteht auch aus ökonomischer Sicht Handlungsbedarf: Wenn es gelingt, die Situation von krankheitsbetroffenen Personen in der Sozialhilfe dank besserer gesundheitlicher Unterstützung soweit zu stabilisieren, dass eine berufliche Integration wieder möglich wird, lassen sich für die Sozialhilfe und damit für die ganze Gesellschaft erhebliche Kosten vermeiden.

Die Auseinandersetzung mit gesundheitlichen Problemen ist für die Sozialhilfe somit wichtig, aber auch anspruchsvoll. Denn Sozialarbeitende sind keine Gesundheitsfachleute. Und: Die gesundheitlichen Probleme der unterstützten Personen sind sehr oft komplex und chronifiziert. Bis heute fehlt eine Strategie, wie die Sozialarbeit mit gesundheitlichen Problemen umgehen kann. Diese Lücke wollen wir mit dem nun vorliegenden Grundlagenpapier, welches Sie in der Medienmappe finden, schliessen.

Beim Thema Sozialhilfe und Gesundheit handelt es sich keineswegs um ein Stadtberner Thema. Diese Problematik besteht in allen Kantonen der Schweiz. Uns sind aus anderen Städten jedoch keine umfassenden Ansätze bekannt, um mit dem Thema umzugehen. Die vorliegende Strategie ist somit schweizweit eine Pionierleistung.

Wie oft in der Sozialhilfe werden auch hier neue Ansätze von einer Stadt entwickelt. Wir sind aber in diesem Thema nicht allein unterwegs. Die Strategie baut auf die Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und Partnern, welche Fachwissen und Erfahrung in der Gesundheitsförderung und in der Betreuung von kranken Personen haben.

Neue Projekte kosten immer auch etwas. Angesichts der Finanzlage der Stadt Bern haben wir diesem Aspekt besondere Beachtung geschenkt. Wir haben bewusst Projekte und Massnahmen priorisiert, welche das Budget der Stadt Bern nicht belasten und wo möglich Fondsfinanzierungen realisiert. Durch sinnvolle Partnerschaften mit Fachorganisationen können zudem Synergien genutzt und Kosten aufgeteilt werden. So trägt beispielweise das Schweizerische Rote Kreuz die Mehrheit der Kosten am gemeinsamen Pilotprojekt «Zämä zwäg», zu dem wir später noch mehr hören werden.

Lassen Sie mich noch einmal auf den Ausgangspunkt meines Referats kommen: Zur Corona-Krise und deren Folgen für die Sozialhilfe. Die Krise hat nicht nur Auswirkungen auf die Werktätigen, sondern auch auf Personen, die bereits durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Für viele Sozialhilfebeziehende verschlechtern sich die Aussichten auf eine berufliche Integration dadurch zusätzlich. Wer bereits in der Sozialhilfe ist, muss damit rechnen, noch einige Zeit bedürftig und deshalb von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein.

Dazu kommt, dass der Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit vielfach belegt und unbestritten ist: Armutsbetroffene Menschen sind im Durchschnitt stärker durch gesundheitliche Probleme belastet als andere Personen. Dabei besteht zwischen Armut und Gesundheit eine wechselseitige Abhängigkeit: Auf der einen Seite erhöhen gesundheitliche Probleme die Gefahr eines Stellenverlusts und damit das Armutsrisiko. Auf der anderen Seite haben Arbeitslosigkeit und Armut einen negativen Einfluss auf die psychische und physische Gesundheit der betroffenen Personen. Auf diese Weise kann eine Negativspirale entstehen, die zu einer Chronifizierung von Armut und Krankheit führt. Es gilt somit: **Krankheit macht arm und Armut macht krank.**

Es erstaunt deshalb nicht, dass Personen in der Sozialhilfe überdurchschnittlich stark von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sind. Verschiedene Studien zeigen, dass Sozialhilfebeziehende

- deutlich mehr gesundheitliche Probleme haben,
- häufiger an chronischen Erkrankungen leiden und
- häufiger in ärztlicher oder psychotherapeutischer Behandlung sind,

als der Durchschnitt der Bevölkerung. Gesundheitliche Probleme verursachen bei den betroffenen Personen nicht nur menschliches Leid. Sie sind auch ein wesentliches Hemmnis für die berufliche und soziale Integration und verringern die Wahrscheinlichkeit, irgendwann wieder von der Sozialhilfe unabhängig zu werden.

Wie relevant dieses Problem ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Wir gehen davon aus, dass mindestens ein Viertel der Sozialhilfebeziehenden, die durch das Sozialamt der Stadt Bern unterstützt werden, zu krank für eine berufliche Integration ist. Dies sind bei zirka 4000 unterstützten Erwachsenen in der Stadt Bern rund 1000 Personen.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass wir uns der Problematik der Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden annehmen. Wenn die geplanten Projekte erfolgreich sind, tragen sie nicht nur zu einer Verbesserung der Lebensqualität von unterstützten Personen bei, sondern auch zur Senkung der Sozialhilfekosten und zu Einsparungen bei den Gesundheitskosten. Das sind viele gute Gründe für Anstrengungen zur Förderung der Gesundheit von Personen in der Sozialhilfe.

Der Leiter des Sozialamts, Felix Wolffers, wird Ihnen nun aufzeigen, welche fachlichen Überlegungen hinter der vorliegenden Gesundheits-Strategie stehen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!